

Antragsteller, Firma, Stempel

Antrag auf Erteilung einer Erlaubnis – FAX -

für die Durchführung einer Veranstaltung
auf öffentlichem Verkehrsgrund
gem. § 29 StVO

einer verkehrsrechtlichen Anordnung
gem. § 45 Abs. 6 StVO

Anlagen:

<input type="checkbox"/>	1 Streckenskizze (2-fach)
<input type="checkbox"/>	1 Nachweis über Veranstalterhaftpflichtversicherung

Anschrift der zuständigen Behörde

--

Zur Durchführung von einer erlaubnispflichtigen Veranstaltung auf öffentlichem Verkehrsgrund beantragen wir

Name, Vorname	
Veranstalter (Verantwortlicher)	Telefon
Ort	

die Erlaubnis gemäß § 29 Abs. 2 StVO

Art und Anlass der Veranstaltung		
Ort (Gemeinde)	Tag	
Zeitraum (Uhrzeit von/bis)	Start und Ziel (Ort)	
Zahl der voraussichtlichen Teilnehmer	Fahrzeuge:	Personen
Festwagen:	Musikkapellen:	Pferde:
Streckenverlauf (Streckenbezeichnung)/Flächen, auf der der öffentliche Verkehrsgrund in Anspruch genommen wird/ Lageplan mit Streckenplan beilegen		
Ferner wird beantragt		
der Erlass einer verkehrsrechtl. Anordnung gem. § 45 Abs. 6 StVO (Verkehrsbeschränkung bzw. Verkehrsverbote)		
in der Straßenbezeichnung: (Straßenname)		
Straßenzug bzw. Streckenbezeichnung (Bundesstraße, Landstraße I. oder II. Ordnung Nr.) zwischen km und km:		
Streckenlänge:		
Art der Verkehrsbeschränkung:		
Umleitungsstrecke (Straßenbezeichnung und Mehrlänge – Lageskizze anliegend):		

Erklärung

Der Veranstalter erklärt hiermit, den Bund, den Staat, die Länder, den Landkreis, die Gemeinde/Stadt und alle sonstigen Körperschaften des öffentlichen Rechts von allen den Ersatzansprüchen freizustellen, die aus Anlass der Veranstaltung auf Grund gesetzlicher Haftpflichtbestimmungen von Teilnehmern oder Dritten erhoben werden könnten. Er hat ferner die Wiedergutmachung aller Schäden zu übernehmen, die auch ohne eigenes Verschulden von Teilnehmern durch die Veranstaltung oder aus Anlass ihrer Durchführung an den zu benutzenden Straßen einschließlich der Verkehrszeichen und -einrichtungen sowie an Grundstücken (Flurschäden) entstehen. Im übrigen bleiben die gesetzlichen Vorschriften über die Haftpflicht des Veranstalters unberührt.

Ort, Datum

Unterschrift des Antragstellers

**Nr. 58 Durchführung der Straßenverkehrs-
Ordnung (StVO)
- Bekanntmachung des Formblatts
Veranstaltererklärung für das
Erlaubnisverfahren der übermäßi-
gen Straßenbenutzung gem. § 29
Abs. 2 StVO**

Das Formblatt Veranstaltererklärung gebe ich nach An-
hörung der zuständigen obersten Landesbehörden auf-
grund der am 29.03.2008 in Kraft getretenen Verwal-
tungsvorschrift zu § 29 Abs. 2 StVO, Nummer III., Ziff. 1a,
Rn. 35, bekannt.

Das Formblatt wird nachstehend neu veröffentlicht.

Bundesministerium für Verkehr,
Bau und Stadtentwicklung
Im Auftrag
Friewald

Bonn, 19. April 2010
LA 22/7332.5/7/868405

Veranstaltererklärung

.....
(Veranstalter)

....., den.....
(Ort) (Datum)

An
Straßenverkehrsbehörde
Musterstraße
11111 Musterstadt

Hinsichtlich der von mir beantragten Veranstaltung

.....
(Bezeichnung und Datum der Veranstaltung)

erkläre ich Folgendes:

1. Mir ist bekannt, dass die Veranstaltung eine Sondernutzung im Sinne des § 8 Bundesfernstraßengesetz (FStrG) bzw. (ggf. einfügen: §§ des Straßengesetzes des Landes) darstellt und ich als Erlaubnisnehmer alle Kosten zu ersetzen habe, die dem Träger der Straßenbaulast durch die Sondernutzung entstehen.
2. Mir ist bekannt, dass der Träger der Straßenbaulast und die Straßenverkehrsbehörde keinerlei Gewähr dafür übernehmen, dass die Straßen samt Zubehör durch die Sondernutzung uneingeschränkt benutzt werden können. Den Träger der Straßenbaulast trifft im Rahmen der Sondernutzung keinerlei Haftung wegen Verletzung der Verkehrssicherungspflicht.
3. Soweit die zuständigen Behörden aus Anlass der Veranstaltung Aufwendungen für besondere Maßnahmen verlangen können, verpflichte ich mich diese zu erstatten.
4. Über den nach der Allgemeinen Verwaltungsvorschrift zu § 29 Abs. 2 Straßenverkehrs-Ordnung (StVO) für Veranstaltungen vorgeschriebenen Umfang von Haftpflichtversicherungen sowie ggf. notwendigen Unfallversicherungsschutz bin ich informiert. Eine Bestätigung zu dem von der Erlaubnisbehörde verlangten Versicherungsschutz stelle ich zur Verfügung bzw. habe ich bereits zur Verfügung gestellt. Mir ist bekannt, dass ohne eine solche Bestätigung die Erlaubnis nicht erteilt werden kann.

.....
(Unterschrift)

.....
(Name in Druckschrift oder Stempel)